

AFFÄREN

# Wie geschmiert

Die Liste der von Leo Kirch bezahlten Abgeordneten um Altkanzler Helmut Kohl wird immer länger. Politiker aller Parteien fordern nun schärfere Regeln für die Parlamentarier.



**Zeuge Kirch\*:** „In geschäftlichen Dingen hat Kohl nie etwas verstanden“

Wenn es so etwas gibt wie einen politischen Ziehvater für das duale deutsche Fernsehsystem aus ARD, ZDF und den privaten Programmen, dann ist er für diesen Titel der heißeste Anwärter: Christian Schwarz-Schilling, Bundespostminister von 1982 bis 1992, der für die CDU noch bis Oktober vorigen Jahres im Bundestag saß.

Sofort nach seinem Amtsantritt hatte er sich massiv für die Verkabelung der Republik stark gemacht und damit die Grundlage geschaffen für die schöne neue Fernsehwelt aus mehr als 30 frei empfangbaren Programmen. Über die Motivation seiner Regierung, das Mediensystem um einen kommerziellen Bereich zu erweitern, ließ Schwarz-Schilling niemanden im Unklaren: In den siebziger Jahren seien von neun Chefredakteuren bei öffentlich-rechtlichen Sendern sieben bis acht „Linke“ gewesen, so Schwarz-Schilling. „Wir wussten, dass wir das Monopol der öffentlich-rechtlichen Nachrichtengabe nur durch Wettbewerb brechen konnten.“

Schon Anfang der Neunziger sah er dieses Ziel erreicht: „Die Entautorisierung der

öffentlich-rechtlichen Anstalten, besonders der ARD“, sei geglückt, freute er sich damals.

Freuen konnte sich darüber auch ein anderer, der dem dienstältesten deutschen Postminister seine Pioniertaten fürs kommerzielle Fernsehen offenkundig nicht vergaß: Leo Kirch – dessen Karriere vom Filmhändler zum Medien-Paten mit eigener Senderfamilie (Sat.1, ProSieben, Kabel1, DSF, N24) erst mit der Verkabelung der Republik so richtig beginnen konnte.

Nach SPIEGEL-Informationen unterhielt Kirch mit Schwarz-Schilling Mitte der Neunziger über mehrere Jahre rege Ge-



**Postminister Schwarz-Schilling\*:** „Intensive Kontakte“

schäftsbeziehungen, und zwar über dessen in seinem Heimatort Büdingen ansässige Firma „Dr. Schwarz-Schilling & Partner GmbH“.

Die Liste der von Kirch bezahlten Abgeordneten wird damit immer länger: Neben dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl war er mit mindestens fünf ehemaligen Ministern aus verschiedenen Kohl-Kabinetten wirtschaftlich verbandelt (SPIEGEL 16/2003). Das Geschäft mit den geheimen Verträgen lief wie geschmiert.

Schwarz-Schilling war zur Vertragslaufzeit noch Mitglied des Bundestags. Wie die Kirch-Berater Helmut Kohl und Ex-Postminister Wolfgang Bötsch saß er zudem einst in einem wichtigen Gremium des ZDF: Schwarz-Schilling leitete dort lange den einflussreichen „schwarzen Freundeskreis“ im Fernsehrat. Das ZDF war seit seiner Gründung immer ein besonders wichtiger Kirch-Kunde.

Schwarz-Schilling bestätigte dem SPIEGEL, dass sein Unternehmen für die Kirch-Gruppe „Mitte der Neunziger für zwei oder drei Jahre tätig war“. Es habe sich in seinem Fall, auf diese Feststellung lege er Wert, aber nicht um einen „Pro-forma-Lobbyistenvertrag gehandelt“, so Schwarz-Schilling. Vielmehr sei es um die „Weiterentwicklung oder sogar eine Alternative“ für Kirchs Pay-TV-Decoder gegangen. Es habe also „eine ganz klare Aufgabenstellung, intensive Kontakte mit Kirchs Techniktochterfirma Beta und auch einen Abschlussbericht gegeben“. Über die Höhe der Kirch-Bezüge schweigt sich Schwarz-Schilling aus: „Dazu sage ich nichts.“

Offiziell wollte in der vorigen Woche aus der christdemokratischen Führungsspitze keiner die dubiose Beraterstätigkeit der ehemaligen Kabinettsmitglieder kommentieren. Womöglich, so die Vermutung von Parteigränden, liege hier der Schlüssel zu jenen anonymen Spenden über 2,1 Millionen Mark, die der Altkanzler einst gesammelt hatte. Das Geld hatte die Partei Ende 1999 an den Rand des Kollaps gebracht.

„Das war auch mein erster Gedanke“, gesteht CDU-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach. Ein Ex-Mitglied aus dem Kabinett Kohl erregt sich: „Das ist der endgültige Beweis, wie eng Kohl und Kirch verbandelt sind.“ Die CDU sei „zum Anhängsel des Kirch-Konzerns geworden“, so der frühere Minister. „Die damalige Parteiführung hat sich verkauft.“

Angesichts der satten Kirch-Honorare des Altkanzlers, die nach SPIEGEL-Informationen bei jährlich 600 000 Mark lagen, fragt man sich seit vergangener Woche in Berliner Konrad-Adenauer-Haus auch, weshalb Kohl im März 2000 eigens eine Hypothek über 500 000 Mark auf seinen Bungalow in Ludwigshafen-Oggersheim aufge-

\* Oben: am 15. November 2001 vor dem Parteipenden-Untersuchungsausschuss in Berlin mit seinem Anwalt Peter Gauweiler; unten: auf der Funkausstellung in Berlin 1987.

nommen hatte, um jene Schäden auszugleichen, die der Partei durch die Strafgeelder des Bundestagspräsidenten entstanden waren. Ex-Finanzminister Theo Waigels Vertrag mit Kirch war ebenfalls mit 600 000 Mark dotiert, der von Wolfgang Bötsch immerhin mit 300 000.

„Unangemessen“ nennt CDU-Vorstandsmitglied Peter Rau die Höhe der Honorare. „Ich kann mir nicht vorstellen“, so der CDU-Mittelständler, „wo angesichts eines solch hohen Betrages der Vorteil für ein Unternehmen liegen soll.“

FDP-Rechtspolitiker Max Stadler, der für seine Partei als Obmann im Kohl-Spendenausschuss saß, fragt sich gar, ob „hier nicht ein reines Scheingeschäft vorliegt“.

Die Enthüllungen über die geheimen Beraterverträge der ehemaligen Polit-Granden werfen zudem ein Schlaglicht auf das undurchsichtige Doppelspiel vieler Parlamentarier zwischen freiem Mandat und Auftragslobbyismus. An die Unabhängigkeit der Mandatsträger glauben selbst Verfassungsromantiker nicht mehr.

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags“, so Artikel 38, „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Ein schöner Schein.

So bekleidet etwa der ehemalige Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) in insgesamt zehn Unternehmen verantwortliche Positionen, darunter in der Berliner Beratungsgesellschaft WMP Eurocom. Als Lobbyist unterstützte er den Plan der Energiekonzerne E.on und BP, die in einem umstrittenen Deal Aral-Tankstellen gegen Anteile an der Ruhrgas tauschen wollten. Da spielte es auch keine Rolle, dass seine eigene Partei den Milliarden-Deal ablehnte.

Der Wähler hat keinen Anspruch, von derartigen Abhängigkeiten zu erfahren. Das liegt an den äußerst schwammigen Verhaltensregeln, die der Bundestag sich selbst auferlegt. Die wurden zwar erst im vergangenen Jahr verschärft, aber den Kern des Problems lösen sie nicht. Einkünfte aus dem Hauptberuf bleiben weiterhin Privatsache des Abgeordneten.

Zwar schreibt die Geschäftsordnung des Bundestags vor, dass jeder Volksvertreter „Verträge über die Beratung, Vertretung oder ähnliche Tätigkeiten“ einschließlich der „Höhe der Einkünfte“ beim Parlamentspräsidenten melden muss. Wenn die Aufträge indes in Ausübung eines bereits angezeigten Berufs ausgeführt werden, dürfen Abgeordnete sie verschweigen.

Es geht auch anders. In Italien sind seit 1982 alle Volksvertreter verpflichtet, ihre Steuererklärungen zu veröffentlichen. Sie liegen für jeden Bürger zur Einsicht aus – bis hin zum detaillierten Aktienbesitz von Premier Silvio Berlusconi.

Aufgeschreckt von den dubiosen Kirch-Verträgen, mehren sich jetzt auch in der Politik die Stimmen, die eine Offenlegung von Nebentätigkeiten fordern. „Die Trans-

parenz-Vorschriften sollten verbessert werden“, fordert der SPD-Abgeordnete Volker Neumann. „Eine Verquickung von Interessen ist nicht auszuschließen“, sagt Unionsfraktionsvize Bosbach und mahnt: „Jeder sollte nur die Tätigkeit ausüben, die er in der Öffentlichkeit vertreten kann.“

„Man hat zweierlei Loyalitäten“, gesteht auch Hans-Peter Repnik, der neben seinem Bundestagsmandat Vorstandsvorsitzender des Dualen Systems Deutschlands ist. Zwar seien Beraterverträge nicht per se zu verbieten, so der CDU-Mann, „aber dort, wo jemand entsprechend tätig ist, sollte Transparenz herrschen“.

„Man wird bei der Offenlegungspflicht noch einmal nachbessern müssen“, sagt



**Geschäftspartner Kirch, Kohl (1993)**  
Welche Gegenleistung wurde erbracht?

der Vizefraktionschef der Grünen, Hans-Christian Ströbele. Strafbar ist derzeit in Deutschland nur der Kauf einer Abgeordnetenstimme bei einer konkreten politischen Entscheidung. Im EU-Parlament diskutieren die Abgeordneten bereits, ob dieser Straftatbestand nicht ausgeweitet werden muss. Der Rechtsausschuss des Bundestags setzte das Thema schon mal auf die Tagesordnung.

Auch der Fall Kohl könnte den Bundestag noch einmal beschäftigen. In seinem Abschlussbericht empfahl der Untersuchungsausschuss, „die Aufklärungsbemühungen des Parlaments auch in der nächsten Legislaturperiode in geeigneter Form fortzusetzen“. „Jetzt haben wir einen neuen Ansatzpunkt“, sagt Grünen-Politiker Ströbele. „Der Verdacht liegt nahe, dass hier im Nachhinein etwas beglichen wurde, wofür man dankbar war.“ Auch der Ex-Ausschussvorsitzende Neumann will wissen: „Welche Gegenleistung hat Kohl dem Kirch-Konzern erbracht?“

Die Antwort dürfte auch Kirch nicht leicht fallen. Im November 2001 kommentierte er Kohls Eignung als Geschäftsmann vor dem Spendenausschuss des Parlaments noch so: „In geschäftlichen Dingen hat er nie etwas verstanden. Er wollte es nicht verstehen.“ Zu dem Zeitpunkt muss der Medienmogul, wenn er vertragsgemäß und pünktlich zahlte, bereits mehr als eine Million Mark an den Unternehmensberater Dr. Helmut Kohl überwiesen haben.

MARCEL ROSENBACH, CHRISTOPH SCHULT